

FRAKTIONS BESCHLUSS VOM 06.11.2012

» GESUNDE ERNÄHRUNG VON ANFANG AN



POLITISCHEN SCHWERPUNKT AUF KITA- UND SCHULVERPFLEGUNG SETZEN!

Lebensweise und Esskultur werden in der Kinderzeit erlernt. Kita- und Schulessen sowie Ernährungsbildung sind wichtige Schlüssel, um die Wertschätzung für leckeres und gesundes Essen zu steigern, die Besonderheiten von regionalen, ökologisch erzeugten und saisonalen Produkten zu vermitteln sowie die individuellen und globalen Auswirkungen verschiedener Ernährungsstile zu verdeutlichen.

Die Realität sieht aber anders aus: Gut 50 Cent bleiben für den Einkauf der Zutaten für ein Schulessen, wenn alle anderen Kosten des Anbieters abgezogen sind. Das hat jüngst eine Studie in Berlin ergeben.

Das Schulessen eines Großcaterers hat im Herbst 2012 die größte lebensmittelbedingte Krankheitswelle in der Bundesrepublik Deutschland ausgelöst: Über 11.000 Menschen, natürlich vorwiegend Kinder und Jugendliche, erkrankten nach dem Verzehr von mit Noroviren verseuchten Tiefkühlerdbeeren aus China an Brech-Durchfall. Diese waren im Essen eines Caterers enthalten, der – von verschiedenen zentralen Großküchen aus – Kantinen in ganz Deutschland beliefert. Das wirft die Frage auf, ob bei der Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Wenn ein niedriger Preis das wichtigste Kriterium für die Auswahl eines Caterers ist, bleiben Qualität, Geschmack und Genuss auf der Strecke. Der Mittagstisch für die Kleinsten wird dann zu einem Spiegelbild für die geringe Wertschätzung für Essen, die uns in Deutschland gemeinhin nachgesagt wird. Dabei ist längst wissenschaftlich belegt, dass eine ausgewogene (Schul-)Ernährung wesentlich zur Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit von Kindern beiträgt. Die frühen Ernährungsgewohnheiten prägen zudem und auch den künftigen Ernährungsstil.

Fehlernährung hat vielfältige gesundheitliche Folgeschäden, die häufig individuelles Leid und Krankheit für die Betroffenen und hohe Kosten für das Gesundheitssystem auslösen. Exemplarisch sei der sogenannte „Altersdiabetes“ (Diabetes mellitus Typ II) genannt, an dem in Deutschland 15 von 1000 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren erkrankt sind – mit den bekannten Folgen für Lebensqualität und Verwirklichungschancen.

In Deutschland zählt Übergewicht zu den größten Krankheitsrisiken für Kinder, wie die Kindergesundheitsstudie KIGGS des Robert Koch-Instituts im Jahr 2006 festgestellt hat. 1,9 Millionen, also circa 15 Prozent der Kinder in Deutschland bringen zu viele Kilos auf die Waage, 800.000 sind sogar stark übergewichtig (adipös). Gleichzeitig steigt die Zahl von untergewichtigen Kindern im Einschulungsalter. Die Gründe und Auswirkungen sind erst unzureichend erforscht. Verschiedene Studien belegen, dass Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen und Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich häufiger von Fehlernährung und ihren Auswirkungen betroffen sind.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für starke ernährungskompetente Kinder und Jugendliche ein, die sich weder von manipulativen Werbebotschaften noch von dünnen Models, die für falsche Schönheitsideale stehen, verführen lassen. Wir wollen dazu beitragen, dass sich Kinder selbstbestimmt in ihrem Körper wohlfühlen. Dafür wollen wir nicht nur Bund und Länder, sondern auch die Ernährungs- und Werbewirtschaft sowie Schulen in die gesellschaftliche Verantwortung nehmen.

Die positive ernährungspolitische Dynamik der rot-grünen Regierungszeit muss wiederbelebt werden. Unter Ernährungsministerin Renate Künast wurde 2004 eine neue Initiative zur gesunden Lebensführung angestoßen. Mit der Nationalen Verzehrsstudie II wurde eine aktuelle Datengrundlage geschaffen, auf der zahlreiche Projekte, Kampagnen und Modellvorhaben aufbauten. Das bis dahin randständige Thema „Ernährung“ wurde in seiner Bedeutung erkannt und endlich als strategisch wichtiges Politikfeld mit Schnittmengen zur Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik gestaltet. Im Jahr 2007 folgte die Badenweiler Erklärung mit dem Ziel, „bis 2020 die Zunahme von Übergewicht bei Kindern zu stoppen und die Zahl übergewichtiger Menschen in Europa zu verringern.“

Unter den UnionsministerInnen Seehofer und Aigner brach diese Dynamik abrupt ab. Der im Jahr 2008 als Konsequenz aus der Badenweiler Erklärung aufgelegte und von Bundestag und Bundesrat gemeinsam getragene Nationale Aktionsplan INFORM (Bundestagsdrucksache 16/9914) war im Ansatz richtig, leidet jedoch unter fehlendem politischen Engagement und mangelhafter Evaluierung. Ernährungsministerin Aigner baut überdies die geringe strukturelle Förderung für die Vernetzungsstellen Schulverpflegung Schritt für Schritt ab. So stammt das am meisten beachtete ernährungspolitische Projekt von Schwarz-Gelb bezeichnenderweise von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zu den Hartz-IV-Regelsätzen die verantwortlichen Entscheidungsträger in der Politik aufgefordert hatte, auch Kinder aus Geringverdienerhaushalten Bildungs- und Teilhabechancen zu gewährleisten, setzte sich die Ministerin medial wirksam für ein „warmes Mittagessen“ ein. In der Praxis erfüllt Schwarz-Gelb dieses Versprechen aber nicht, da nicht alle bedürftigen Kinder erreicht werden, sondern nur die, die das Glück haben, an einer Schule zu lernen, die bereits ein Mittagessen anbieten.

DIE GRÜNE ERNÄHRUNGSPOLITISCHE STRATEGIE – GESUND VON ANFANG AN

Die grüne Bundestagsfraktion fordert einen ernährungspolitischen Kurswechsel. Unser Ziel ist eine ernährungspolitische Strategie, die wissenschaftlich belegte, gut funktionierende Maßnahmen zusammenführt. Wir setzen auf einen Mix aus nachhaltig wirksamen Programmen, regulativen Maßnahmen, Bildung und kooperativen Vereinbarungen mit der Ernährungsindustrie, die regelmäßig evaluiert und angepasst werden.

Der Nationale Aktionsplan INFORM braucht für seine nun anlaufende zweite Phase eine kritische Überarbeitung, denn bisher fehlen die ernährungs- und sozialpolitischen Erfolge. Statt kurzfristiger Projekte sollen dauerhafte Strukturen, die eine gesunde Ernährung ermöglichen, geschaffen werden. Das zentrale Ziel des Aktionsplans, die Zunahme des Übergewichts bei Kindern und Jugendlichen zu stoppen, ist dabei vorrangig voranzutreiben. Es gilt, die evidenzbasierten ernährungspolitischen Präventionsansätze herauszufiltern, systematisch zu fördern und flächendeckend auszubauen.

Wir wollen den Aktionsplan so fortsetzen, dass die praktizierte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Erfolg geführt wird. Mit einem Bundesprogramm für Ernährung, das einen Schwerpunkt bei der Verpflegung von Kindern und Jugendlichen legt, sollen bestehende Initiativen und Förderstränge vernetzt, Qualitätsmaßstäbe und -sicherungssysteme für das Essen verankert und die innovative Weiterentwicklung angestoßen werden.

Als eines von acht Schlüsselprojekten hat sich die grüne Bundestagsfraktion für 2013 für ein neues Ganztagsschulprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro ausgesprochen. Dieses soll auch als Infrastrukturhilfe für den Ausbau der Schulverpflegung genutzt werden. Mit der grünen Forderung nach einer Überarbeitung des Bildungs- und Teilhabepakets wird es darüber hinaus zu erheblichen Einsparungen von Bürokratiekosten kommen.

Das Maßnahmenpaket, mit dem die Schulvernetzungsstellen ausgebaut, die Verpflegungsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) etabliert, die Ernährungsbildung gefördert, die Ampel-Lebensmittelkennzeichnung vorangetrieben und die richtige Wahl bei Küchen- und Kantinenbau erleichtert werden soll, umfasst zwölf Millionen Euro.

Konkrete Maßnahmen für eine gesündere Ernährung:

Den flächendeckenden Ausbau der gesunden Kita- und Schulverpflegung in Deutschland soll ein Bundesprogramm mit Unterstützungs- und Infrastrukturmaßnahmen befördern, das vom Bau von Mensen und Küchen über Qualifizierungsmaßnahmen für ErzieherInnen, LehrerInnen und KöchInnen, bis hin zu Qualitätsstandards und EU-Förderprogrammen reicht. Ernährungsbildung und Kennzeichnung sollen über gesunde Ernährung aufklären. In Kooperation mit der Ernährungswirtschaft sollen Produkte gesünder werden.

1. Infrastruktur fürs Schulesen als Teil eines neuen Ganztagschulprogramms

Gute Ganztagschulen fördern gerechte Bildungschancen, individuelle Entwicklung und sozialen Aufstieg. Kinder, die den ganzen Tag in der Schule verbringen, brauchen qualitativ hochwertiges und attraktives Schulesen.

Eine gesunde Ernährung ist mehr als reine Nahrungsaufnahme. Es geht um Genuss, um Konzentrationsfähigkeit und den Erwerb von Ernährungskompetenzen der Kinder und Jugendlichen. Aktuelle empirische Untersuchungen belegen, dass eine gute Verpflegung in der Schule deutlich zu einer Verbesserung der schulischen Leistung beiträgt. Wenn allen die gleiche Chance auf Bildung eingeräumt werden soll, müssen wir allen Schülerinnen und Schülern gute Mahlzeiten in einem ansprechenden Umfeld anbieten können.

Mit einem gesunden Ernährungsangebot in der Schule wird dann ein elementarer Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit und zur Förderung der Ernährungskultur geleistet.

Das derzeitige Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern verhindert den sinnvollen und notwendigen Ausbau der Ganztagschulen. Wir fordern daher, es aufzuheben und mit den Ländern ein neues Ganztagschulprogramm auszuhandeln. Auf dieser neuen verfassungsrechtlichen Basis ließen sich Vereinbarungen treffen, wonach Mittel aus diesem Programm für den notwendigen Auf- und Ausbau der Infrastruktur für Schulernährung genutzt werden können.

2. Geld für Essen statt für Bürokratie: Neugestaltung des Bildungs- und Teilhabepaketes

Das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche im Sozialleistungsbezug sieht zwar ein Schulesen vor, ist aber mit einem unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand verbunden, weil die Bundesmittel nicht direkt an die Schulen fließen dürfen. Stattdessen müssen Umwege und Bewilligungshürden genommen werden, die sowohl die Berechtigten wie auch die Bildungseinrichtungen belasten, statt sie zu unterstützen. Viele anspruchsberechtigte Kinder rufen daher die Leistungen gar nicht ab. Kinder und Jugendliche, an deren Schule kein Mittagessen angeboten wird, haben keine Möglichkeit, ihren Rechtsanspruch einzufordern. Denn wird überhaupt kein Mittagessen an den Schulen angeboten oder erfolgt das gemeinschaftliche Mittagessen in der Verantwortung der Eltern, an Kiosken oder Cafeterien, werden Kosten für die Mittagsverpflegung nicht übernommen.

Das Mittagessen an außerschulischen Horten wird zudem nur bis zum 31. Dezember 2013 durch das Teilhabepaket finanziert.

Die finanziellen Aufwendungen für die Kostenübernahme des Mittagessens müssen den Schulen, Horten und Kindertagesstätten direkt zukommen. Außerdem ist sicherzustellen, dass der Rechtsanspruch auch wirklich für alle Berechtigten erfüllt wird.

3. Schulvernetzungsstellen verstetigen und zu Kompetenzzentren Gemeinschaftsverpflegung ausbauen

Die vom Bundesernährungsministerium geförderten Vernetzungsstellen Schulverpflegung beraten Schulträger und Schulen zu allen Aspekten einer gesunden, regionalen und umweltschonenden Ernährung. Grundlage dafür sind die Standards der DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung). Betreuungseinrichtungen, Behörden, Eltern, Kommunen, Landwirte etc. haben großen Bedarf an kompetenter Beratung zur Verpflegungsorganisation. Im Mittelpunkt stehen kostengünstige, effiziente Strukturen, betriebswirtschaftliche Optimierung, die Motivation und der Kompetenzerwerb der Kantinenbeteiligten.

Wir wollen die Vernetzungsstellen gemeinsam mit den Ländern stärken und zu Kompetenzzentren der Gemeinschaftsverpflegung ausbauen. Dieses allgemein anerkannte Netzwerk soll Ausgangspunkt für die Ausweitung auf Kitas und andere Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen, die Durchführung von know-how-Transfermaßnahmen auf lokaler Ebene und die nationale Koordination werden.

4. DGE-Empfehlungen als Standard für die Gemeinschaftsernährung weiterentwickeln und verbindlich machen

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung hat Standards fürs Essen in Kita und Schule definiert, die aber vielerorts nicht eingehalten werden. Die Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kindergärten braucht hochwertige Qualitätsstandards. Zudem sollte es in Schulen immer ein ausreichendes Angebot an vegetarischen und veganen Nahrungsmitteln und einen Veggie-Day geben.

Auch Pausensnacks am Schulkiosk und Schulautomaten sind aus ernährungswissenschaftlicher Sicht häufig problematisch. Pächter bieten vor allem Süßwaren, Softdrinks und vorverarbeitete Speisen an, die mit geringem Arbeitsaufwand, aber hohem Gewinn verkauft werden können. Seit 2007 gibt es eine Selbstverpflichtung führender Marktakteure, die Automatenverpflegung „gesünder“ zu gestalten. Eine Veränderung der Automateninhalte, weg von zucker- und fettreichen Softdrinks und Fastfoodprodukten, ist indes nicht zu erkennen.

Ein verpflichtendes Angebot, das die Empfehlungen der DGE verbindlich enthält, sollte bei einer Ganztagsbetreuung zur Förderaufgabe werden. Außerdem sollte ein Bioanteil von mindestens 20 % in der Gemeinschaftsverpflegung angestrebt werden.

5. EU-Schulobst-Programm ausbauen und umsetzen

Im Jahr 2008 hat die EU ein Schulobstprogramm zur Förderung des Obst- und Gemüsekonsums bei Schulkindern beschlossen. Aktuell bekommen nur zwölf Prozent der Schülerinnen und Schüler im Alter von sechs bis zehn Jahren mindestens einmal pro Woche Obst oder Gemüse. Nur sieben von 16 Bundesländern nehmen an dem Programm überhaupt teil. Die für Deutschland bereitgestellten EU-Fördergelder in Höhe von 20 Millionen werden aber bereits voll ausgeschöpft. Leider birgt das Programm widersinnige bürokratische Hürden. So darf das Obst nicht als Nachtisch mit dem Schulmittagessen ausgegeben werden und Lehrkräfte dürfen nichts davon essen, was aber wegen ihrer Vorbildfunktion sinnvoll wäre. Andere Kampagnen, die sich für mehr Gemüse und Obst einsetzen (wie zum Beispiel: fünf am Tag) sollten deshalb eingebunden werden.

Wir streben ein flächendeckendes Angebot an, bei dem jedes Schulkind regelmäßig Obst oder Gemüse erhält. Dafür müssen die EU-Mittel aufgestockt, private Fördermittel eingeworben und Eltern beteiligt werden. Für den Abbau bürokratischer Hürden des Programms werden wir uns auf EU-Ebene einsetzen. Um gewünschte Absatzeffekte erzielen zu können, muss über die entsprechenden Ausschreibungen sichergestellt werden, dass das Schulobst zu mindestens 50 Prozent aus regionalen Quellen stammt. Außerdem ist der Bioanteil auf 20 Prozent festzuschreiben.

6. Initiative Ernährungsbildung

Ernährungskompetenz entsteht, wenn eine gute Ernährungsbildung auf gesundheitsförderliche Strukturen trifft. Für die Schulen bedeutet dies, ein gutes, ausgewogenes Schulverpflegungsangebot. Dieses muss durch ein fächerübergreifendes und altersgerecht vermitteltes Ernährungswissen begleitet werden, das auch Aspekte der Landwirtschaft und Tierhaltung und der Lebensmittelkunde umfasst.

Die Ausstattung von Schulen mit Schulgärten ist dabei genauso sinnvoll wie die Kooperation mit der örtlichen Landwirtschaft und dem Lebensmittelhandwerk sowie die Einbeziehung der Schulküche in den gebundenen Ganztagsunterricht.

Ernährungsbildung muss unabhängig sein, zumal die Ernährungsindustrie mit sehr subtilen Methoden versucht, Einfluss in den Schulen zu gewinnen.

Das eigene „Erleben“ guter Lebensmittel im Rahmen des Schulessens ist eine gute und wichtige Grundlage für die Ernährungsbildung. Wer täglich ein leckeres und gesundes Schulessen bekommt, hat mehr „Appetit“, sich über die Herkunft seines Essens und die positiven Folgen seiner gesunden Schulernährung informieren zu lassen. Eine „trockene“ Ernährungsbildung, die notgedrungen einen Schwerpunkt auf Ermahnungen und Verbote setzt, wird in der Regel auf den Widerstand der Kinder stoßen und im schlechtesten Fall sogar das Gegenteil der erwünschten Korrekturen im Ernährungsverhalten hervorrufen.

Ernährungserziehung/-bildung muss als gemeinsame Aufgabe von Familie und Schule angesehen werden und soll in dem souveränen Umgang mit dem eigenen Körperbild münden. Kinder und Jugendliche sollen ein Bewusstsein für positive, wie auch lokale und globale Auswirkungen ihres Lebens- und Konsumstils entwickeln. Dazu gehört auch das Verstehen der Zusammenhänge zwischen zu hohem Fleischkonsum und den Auswirkungen auf das Klima, die eigene Gesundheit, die Tiere und das Recht anderer Menschen auf Nahrung.

Das Wissen um eine gesunde Ernährung gehört zu den Grundkompetenzen, die auch in den öffentlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu vermitteln sind. Die Verankerung von Ernährungsbildung ist eine wichtige Querschnittsaufgabe, die in unterschiedlichen Fächern und auch im schulischen Raum außerhalb des Fachunterrichts erfüllt werden muss. Aus- und Fortbildungsleitlinien von KöchInnen, von Lehr- und Erziehungskräften müssen entsprechend angepasst werden. Bei den medizinischen Berufen, insbesondere denen, die sich mit Kindergesundheit beschäftigen, sollten die Vermittlungskompetenzen gestärkt werden.

7. Versorgungsstruktur für Gemeinschaftsverpflegung fördern

Der bisher weitgehend unkoordinierte und stark kostenorientierte Ausbau der Schulverpflegung hat nicht dazu geführt, dass funktionierende regionale und ökologische Versorgungsstrukturen für die Gemeinschaftsverpflegung entstanden sind. Hier gilt es, ungenutzte Potenziale zu heben und den Markt nicht allein wenigen überregionalen Großversorgern zu überlassen. Die Belieferung von Schulen und Kitas (sowie Kliniken, Altenheimen und so weiter) bietet einen interessanten Absatzmarkt für die lokale Land- und Ernährungswirtschaft und kann mit Ansätzen für die Ernährungsbildung und -erziehung verknüpft werden.

Wir wollen einen Förderschwerpunkt Schulverpflegung in den europäischen und nationalen Finanzinstrumenten wie dem Europäischen Strukturfonds, dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz (GAK) und dem Bundesprogramm Ökologischer Landbau etablieren. Dieser Förderschwerpunkt soll die Entwicklung regionaler Verarbeitungs-, Vermarktungs- und Belieferungsstrukturen voranbringen.

8. Wettbewerb und Förderprogramm Kantinen und Küchen

Für die Gemeinschaftsverpflegung stehen eine große Auswahl von möglichen Verpflegungssystemen zur Verfügung. Jede Einrichtung kann individuell auf die Gegebenheiten (Zahl der SchülerInnen, räumliche Möglichkeiten etc.) abgestimmt, ein passendes Küchensystem auswählen.

Die Teilnahme der SchülerInnen am Mittagessen ist dabei stark abhängig von der Akzeptanz des Verpflegungsangebotes. Studien belegen, dass die erhöhte Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung stark von der Einbindung der SchülerInnen bei der Auswahl der Speisen, der Zusammenstellung und der Art der Darreichung abhängen. Wir wollen SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen und KommunalpolitikerInnen motivieren, ihre Ideen in die Verbesserung der Infrastruktur einzubringen.

Wir fordern ein Förderprogramm und einen Kreativwettbewerb „Innovationskantinen“. Schulen und Schulträger sollen attraktive Konzepte für die erfolgreiche Einführung einer gesunden, breit akzeptierten Schulverpflegung entwickeln. „Best practice“-Beispiele müssen identifiziert werden und im Anschluss ist sicherzustellen, dass die Wettbewerbsbeiträge und Konzeptvorschläge für eine flächendeckende Verbreitung ausgewertet und durch die Schulvernetzungsstellen auf gut zugängliche Informationsquellen veröffentlicht werden.

9. Klarheit über Nährwertprofile: Ampelkennzeichnung und Kennzeichnung von Kettenrestaurants

Die Nährwertampel ist wissenschaftlich fundiert und gut geeignet, um das Nährwertprofil eines Produktes auf einen Blick zu erfassen. Im Supermarkt bietet die farbliche Kennzeichnung eine gute Vergleichsmöglichkeit auf einen Blick, insbesondere bei ähnlichen Fertigprodukten. Gerade Kinder und Jugendliche sind Zielgruppe solcher hochverarbeiteten Junkfood-Produkte. Mit Hilfe der Ampel lässt sich leicht verständlich und schnell das Produkt mit dem geringsten Fett-, Salz-, und Zuckergehalt identifizieren. Kinderärzte, Konsumforscher, Ernährungswissenschaftler, Krankenkassen und Verbraucherverbände sehen die Ampel als wirksamen Baustein im Kampf gegen Fehlernährung.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Einführung einer EU-weit gültigen Lebensmittelampel gegen den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung abgelehnt.

Perspektivisch ist die Deklaration auszuweiten. Auch Produkte der Systemgastronomie sollten klar auf der Verpackung und der Speisekarte gekennzeichnet werden, damit Kunden wissen, dass sie etwa mit einem großen Kakaogetränk und einem Stück Kuchen einer Kaffeehauskette bereits rund 100 Gramm Zucker und 100 Gramm Fett zu sich nehmen oder dass ein „Frühstücksburger“ einer großen Fastfoodkette mit über 800 Kilokalorien zu Buche schlägt und bereits mehr Fett enthält als für Erwachsene am Tag empfohlen wird. Und auch die Angabe von allergenen Zutaten bei loser Ware schützen die Gesundheit und stärken das Selbstbestimmungsrecht .

Wir fordern die nationale Einführung der Nährwertampel und eine Verpflichtung, auch Produkte der Systemgastronomie mit entsprechenden Nährwertprofilen und Kalorienangaben zu versehen.

10. Minimierungsplan Zucker/Packungsgrößen

Experten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) sehen einen Zusammenhang zwischen Übergewicht und übermäßigem Verzehr von Zucker. Insbesondere Produkte, die gezielt an Kinder vermarktet werden, wie süße Frühstücksflocken, Kinderdesserts oder Limonaden sind nicht selten richtige Zuckerbomben. Große Verpackungseinheiten, etwa Big-Size-Schokoriegel animieren darüber hinaus dazu, mehr Limo und Süßigkeiten zu konsumieren.

Ziel muss es sein, die Nährwertzusammensetzung und Verpackungsgrößen von solchen Nahrungsmitteln in einem kooperativen Prozess zwischen Ernährungswissenschaft, Unternehmen, Verbraucherschützern und Medizinern positiv zu verändern, um insbesondere Kindern, die die Hauptzielgruppe des Marketings für solche Produkte sind, gesunde, attraktive Konsumoptionen zu eröffnen. Für Lebensmittelunternehmen ist es möglich, den Anteil des Zuckers in ihren Produkten schrittweise zu reduzieren, wenn sich auch die Wettbewerber an diesem Prozess beteiligen.

Wir fordern das Landwirtschaftsministerium auf, einen Dialogprozess zu moderieren, der klare Reduktionsziele für die einzelnen Produktgruppen (Cerealien, Limonaden, und so weiter) in Bezug auf Zucker sowie Vereinbarungen über Verpackungsgrößen zum Inhalt hat.

11. Kindermarketing einschränken

Die lukrative Zielgruppe Kind wird von der Ernährungsindustrie auf unterschiedlichsten Kanälen heiß umworben. Die erfolgreiche Gewinnung von jungen Konsumentinnen und Konsumenten hat sich die Lebensmittelwirtschaft in Deutschland im Jahr 2010 rund 700 Millionen Euro kosten lassen.

Laut einer Studie¹ der Universität Hamburg sehen Kinder in Deutschland circa 12.000 Fernsehwerbespots pro Jahr, wo von jeder fünfte für ungesunde Lebensmittel wirbt. In den Supermärkten befinden sich Süßigkeiten und Knabberzeug auf Griff- und Augenhöhe der Kinder. Die Verpackungsaufmachung vieler Süßigkeiten oder Kindersnacks ist schillernd und bunt und zeigt Comic-Helden, Tierfiguren oder Sportleridole. Oft enthalten die (Ver-)Packungen oder Kindermahlzeiten im Fast-Food-Restaurant Spielzeugzugaben, Sammelmöglichkeiten oder Gewinnspiele. Auch das an Kinder gerichtete Marketing im Internet hat in den letzten Jahren erheblich

¹ Effertz, Tobias/Wilcke, Ann-Christin: Do television food commercials target children in Germany? In: public Health Nutrition, 12/2011,1-8; vgl auch DGKJ e.V.: Werbung schauen macht Kinder dick Kinderärzte fordern Werbebeschränkungen 2010.

[http://www.dgkj.de/presse/?tx_list_pi1\[uid\]=1518&tx_list_pi1\[mode\]=10&cHash=17511d2049d8fc5856920b09876afae7](http://www.dgkj.de/presse/?tx_list_pi1[uid]=1518&tx_list_pi1[mode]=10&cHash=17511d2049d8fc5856920b09876afae7) . (Abruf am 31.10.2012)

zugenommen. Hier locken Onlinespiele, Gewinnmöglichkeiten oder auf Kinder zugeschnittene Download-Angebote wie Stundenpläne.

Die Selbstverpflichtungen der Lebensmittel- und Werbewirtschaft in Bezug auf Kindermarketing in Deutschland und auf EU-Ebene gehen inhaltlich in die richtige Richtung. So verpflichten sich die unterzeichnenden Unternehmen beispielsweise, bestimmte Marketinginstrumente wie die Beigabe von Spielzeug oder Gewinnspielen zu unterlassen und auf ihren Webseiten auf Kindermarketing für ungesunde Produkte zu verzichten. Auch verurteilen sie Fernsehwerbung für ungesunde Lebensmittel, die zu einem bestimmten Anteil von Kindern rezipiert werden. Nach der europäischen Selbstverpflichtung sollen Werbebeschränkungen erfolgen, wenn der Publikumsanteil von Kindern 35 Prozent beträgt.

Allerdings sind beide Selbstverpflichtungen in der Praxis – bis auf wenige Ausnahmen – völlig wirkungslos geblieben. Ganz im Gegenteil, das an Kinder gerichtete Marketing hat an Menge und Intensität noch zugenommen.² Wo Selbstverpflichtungen nicht greifen, muss es verbindliche Beschränkungen geben. Einige Nachbarländer wie etwa Großbritannien haben reagiert und sowohl „Lebensmittel mit ungünstigen Nährwertprofilen“ definiert als auch an Kinder gerichtete Werbung reguliert.

Kinder sind manipulierbarer als Erwachsene und werden gezielt durch Nahrungsmittelwerbung angesprochen. Die WHO und das Europäische Parlament erkennen einen Zusammenhang zwischen Werbung für ausschließlich für Kinder bestimmte Lebensmittel und dem Konsumverhalten an und fordern Werbeeinschränkungen beim Kindermarketing für Lebensmittel mit ungünstigen Nährwertprofilen.

Wir stehen für klare und wirksame Regelungen für den Umgang mit kommerzieller Kommunikation und Absatzförderungsmaßnahmen, die sich an Kinder unter 14 Jahren richten. Wo Selbstverpflichtungen nicht umgesetzt werden, müssen gesetzliche Regelungen getroffen werden. In einem ersten Schritt werden wir für ein wirksames Verbot von Fernsehwerbung eintreten, die für Lebensmittel mit ungünstigen Nährwertprofilen wirbt und einen relevanten Publikumsanteil von Kindern unter 14 Jahren überschreitet. Kitas und Schulen müssen frei von PR-Aktionen sein.

12. Ernährung als wichtiger Baustein des grünen Präventionskonzepts

Zu einem ganzheitlichen Präventionskonzept gehört zwingend auch die Förderung einer gesunderhaltenden Ernährung. Chronische ernährungsbedingte Erkrankungen und die ungleiche Verteilung von Gesundheitschancen bereits im Kindesalter sind politikfeldübergreifende Herausforderungen der Ernährungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik. Gesundheitsförderung geht weit über individuelle Prävention hinaus und stärkt übergreifende, vor Ort gebündelte Initiativen und Maßnahmen und verankert diese lebensweltlich. Bewährte Projekte dürfen nicht aufgrund von fehlenden Mitteln nach einer Modellphase wieder vor dem Aus stehen, sondern sollen langfristig in die Fläche getragen werden. Dazu brauchen wir endlich einen verbindlichen Rahmen, der für eine bessere Koordination und eine verbindliche Finanzierung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sorgt.

Wir wollen eine nationale Gesamtstrategie für Prävention und Gesundheitsförderung mit dem Schwerpunkt Gesundheit und soziale Lage, in die Ernährung eingebettet ist. Dazu gehört eine institutionalisierte Ernährungsaufklärung und Ernährungsbildung mit dem Schwerpunkt auf Kitas und Schulen. Ein Gesetz für Gesundheitsförderung und Prävention soll die Zuständigkeiten von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungsträgern klar regeln und eine verbindliche Finanzierung schaffen.

² Effertz, Tobias/Wilcke, Ann-Christin: vgl. Fußnote 1; Children Now: The Impact of Industry Self-Regulation on the Nutritional Quality of Foods Advertised on Television to Children, 2009, http://www.childrennow.org/uploads/documents/adstudy_2009.pdf.